

Jugendarbeitslosigkeit in Europa | 05.09.2013 | Lesezeit 3 Min.

Milliardenschwerer Aktionismus

Vor allem in den europäischen Krisenländern finden Millionen junger Leute keinen Job. Das will die Europäische Kommission nun ändern und hat deshalb eine Reihe von Initiativen gestartet, die mehrere Milliarden Euro kosten werden. Ob das den Jugendlichen langfristig wirklich hilft, ist allerdings zweifelhaft.



Kaum aus der Schule, schon chancenlos: Die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist eines der drängendsten Probleme in Europa. Besonders betroffen sind die südlichen Länder, allen voran Griechenland, wo gut jeder vierte 15- bis 24-Jährige auf der Straße steht (Grafik). In Spanien und Italien findet jeder fünfte Jugendliche weder Ausbildung noch Arbeit, auch Portugal, Irland und Ungarn melden Anteile von 15 Prozent und mehr.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit zermürbt nicht nur eine ganze Generation, sie zieht auch enormen volkswirtschaftlichen Schaden nach sich: Dadurch, dass Millionen

junger Menschen in Europa weder arbeiten noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren oder studieren, büßte die Wirtschaft 2011 rund 153 Milliarden Euro ein – das entspricht 1,2 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts.

Um dieser Misere etwas entgegenzusetzen, hat die Europäische Kommission – unterstützt von Deutschland – in den vergangenen Monaten eine Reihe von Initiativen gestartet, für die sie bis 2015 insgesamt 6 Milliarden Euro aus dem Haushalt lockermachen will:

1. **Die Jugendgarantie** soll dafür sorgen, dass in den EU-Staaten junge Menschen nie länger als vier Monate ohne Job, Ausbildung oder Trainingsmaßnahme sind.
2. **Die Europäische Ausbildungsallianz** soll nach den Vorstellungen der EU-Kommission zusammen mit den Sozialpartnern die Qualität der Berufsbildung in ganz Europa verbessern und das Angebot an Ausbildungsplätzen vergrößern.
3. **Strategische Partnerschaften** sollen den länderübergreifenden Austausch von Best-Practice-Beispielen fördern. So hat Deutschland bereits mit Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und Lettland bilaterale Vereinbarungen getroffen, um den jeweiligen Ländern bei der Stärkung betrieblicher Berufsausbildungselemente unter die Arme zu greifen.
4. **Spezielle Mobilitätsprogramme** unterstützen Jugendliche, die wegen einer Ausbildung oder eines Jobs ins Ausland umziehen möchten. Die Bundesrepublik beispielsweise hat das Programm MobiPro-EU ins Leben gerufen, das 140 Millionen Euro für Sprachkurse, Umzugsbeihilfen und Reisekostenzuschüsse für junge Leute zur Verfügung stellt, die wegen einer Ausbildung nach Deutschland übersiedeln möchten.

All diese ambitionierten Vorhaben sind gut gemeint und mögen so manchem Jugendlichen zumindest kurzfristig eine Perspektive verschaffen – die Ursachen der hohen Jugendarbeitslosigkeit werden dadurch aber nicht beseitigt. Dass in Griechenland, Spanien oder Portugal so viele Schulabgänger beruflich auf der Strecke bleiben, ist in erster Linie auf die schlechte Verfassung der dortigen Arbeitsmärkte zurückzuführen. Tatsächlich sind in den Euro-Krisenstaaten nicht nur viele Jugendliche erwerbslos, sondern auch viele Erwachsene:

In Griechenland stieg die Arbeitslosenquote der jungen Menschen zwischen 2010 und 2012 von 33 Prozent auf 55 Prozent, insgesamt schnellte die Arbeitslosenquote von 13 auf 24 Prozent nach oben.

Dass es an Jobs mangelt, hängt hauptsächlich mit der schwachen wirtschaftlichen Dynamik vieler Krisenländer zusammen. In einigen Ländern kommt noch hinzu, dass der Arbeitsmarkt stark reguliert ist und junge Neueinsteiger kaum eine Chance haben, da Unternehmen wegen des rigiden Kündigungsschutzes vor Einstellungen zurückschrecken.

Deshalb besteht die Gefahr, dass die diversen Programme zwar vielen jungen Leuten den Berufseinstieg ermöglichen – doch nach Ablauf der Förderung könnten sie genauso schnell wieder arbeitslos sein. Schlimmstenfalls drängt die Subventionierung der Jüngeren sogar andere Personengruppen, etwa ältere Arbeitnehmer, vom Arbeitsmarkt.

Fraglich ist ferner, ob Länder mit verkrusteten Verwaltungsstrukturen diese Programme überhaupt umsetzen können; möglicherweise blähen die Angebote den bürokratischen Apparat sogar noch weiter auf.

Auch die Implementierung von Elementen eines dualen Ausbildungssystems nach deutschem Vorbild ist nicht ohne weiteres möglich. Zum einen braucht es Zeit, Strukturen für eine erfolgreiche Berufsausbildung zu schaffen – vor allem, wenn sich Staat, Sozialpartner, Berufsschulen und Unternehmen gemeinsam einbringen sollen. Zum anderen fehlt in vielen südeuropäischen Ländern ein starker Mittelstand, der das Rückgrat der dualen Ausbildung bildet.

Kernaussagen in Kürze:

- Vor allem in den europäischen Krisenländern finden Millionen junger Leute keinen Job - das will die Europäische Kommission nun ändern.
- Die hohe Jugendarbeitslosigkeit zermürbt nicht nur eine ganze Generation, sie zieht auch enormen volkswirtschaftlichen Schaden nach sich.
- In Griechenland stieg die Arbeitslosenquote der jungen Menschen zwischen 2010 und 2012 von 33 Prozent auf 55 Prozent.